

# Sozialdemokratischer Informationsbrief

Kiel, 17.05.2002

## Landtag aktuell

Es gilt das gesprochene Wort!  
Sperrfrist: Redebeginn

*TOP 38 – Entwicklungszusammenarbeit und interkulturelle Verständigung*

**Sandra Redmann:**

### Globalisierungsfolgen auch regional begleiten und steuern

Lassen Sie mich zunächst der Landesregierung für den vorliegenden Bericht zur Entwicklungszusammenarbeit und interkulturellen Verständigung danken. Der Bericht bietet einen guten und detaillierten Überblick über die zahlreichen Initiativen im Land Schleswig-Holstein. Herr Minister Müller hat dieses eben schon deutlich dargestellt.

Es steht außer Frage, dass die Bereiche Entwicklungszusammenarbeit und interkulturelle Verständigung an Bedeutung gewinnen werden, an Bedeutung gewinnen müssen. Die Rahmenumstände sind maßgeblich geprägt durch eine fortschreitende wirtschaftliche Globalisierung. In diesem Prozess gibt es derzeit wenige Gewinner und sehr viele Verlierer. Ich denke, wir sind gut beraten, die wirtschaftlichen Folgen der Globalisierung politisch intensiver zu begleiten und zu steuern als bisher. Dies auch regional und vor allem rechtzeitig.

Entwicklungs politische und interkulturelle Aktivitäten – beide Aspekte sind Bausteine einer verantwortungsbewussten Politik. Und verantwortungsbewusste Politik ist immer auch zukunftsgerichtete Politik. Die derzeitigen Verlierer der Globalisierung sind die Entwicklungsländer, da auf deren Rücken der Wohlstand der „reichen“ Länder ausgebaut wird. Die Folgen: Über drei Milliarden Menschen, also mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung, leben heute von weniger als 2 US-Dollar am Tag.

Schleswig-  
Holstein

Herausgeber:  
SPD-Landtagsfraktion  
Verantwortlich:  
Petra Bräutigam

Landeshaus  
Postfach 7121, 24171 Kiel  
Tel: 0431/ 988-1305/1307  
Fax: 0431/ 988-1308

E-Mail: [pressestelle@spd.ltsh.de](mailto:pressestelle@spd.ltsh.de)  
Internet: [www.spd.ltsh.de](http://www.spd.ltsh.de)

SPD

Viele Länder sind nicht zuletzt wegen ihrer extrem ungleichen Einkommensverteilung von politischer Stabilität und Demokratie noch weit entfernt. Die Früchte der Globalisierung gerechter zu verteilen, ist sicherlich ein Gebot von Moral und Menschlichkeit. Wir sind in allen Bereichen aufgefordert, politisch zu reagieren. National, regional und lokal. Der Bericht stellt deutlich und eindrucksvoll dar, dass sich die Landesregierung dieser Verantwortung bewusst ist. In eigener Initiative oder durch Kooperation und Unterstützung von Vereinen und Verbänden leistet sie ihren Beitrag, wie eben auch vom Umweltminister dargestellt.

Ich möchte hier nochmals die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes erwähnen, in der die Eine-Welt-Politik ein Bestandteil sein wird, integriert in die Bildung für nachhaltige Entwicklung, die die Umweltbildung mit globalem und interkulturellem Lernen verbindet.

Ich zitiere aus dem Bericht: Gemäß der Agenda 21 ist „Bildung eine unerlässliche Voraussetzung für die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung und die Verbesserung der Fähigkeit der Menschen, sich mit den Umwelt- und Entwicklungsfragen auseinander zu setzen.“ Gerade in Zeiten, in denen Themen wie Umwelt- und Entwicklungsfragen nicht die größte öffentliche Aufmerksamkeit genießen, dürfen wir in unseren Bemühungen nicht nachlassen.

Die SPD-Fraktion hat durchgesetzt, dass z. B. im Bereich des Bingo-Lotto nicht nur Umweltprojekte, sondern auch Entwicklungsprojekte gefördert werden können. Ebenso haben wir uns für die eindeutigere Abstimmung in den Bereichen Agenda 21 und Entwicklung in der zuständigen Richtlinie ausgesprochen.

Kampagnen wie „Fair kauft sich besser“, Aktionen, wie „faire Schultüten“ oder auch Partnerschaften mit Schulen in Entwicklungsländern sind nur einige Beispiele von Initiativen in unserem Land, die große Unterstützung verdienen. Dank gilt den vielen ehrenamtlich Tätigen, den Verbänden und Vereinen, den Schulen, die nicht müde wer-

den, dieses Thema voranzubringen und sich mit viel Einsatz und Kreativität engagieren.

Die Landesnachhaltigkeitsstrategie mit ihren Schwerpunkten wie den auch eben hier erwähnten ist Querschnittsaufgabe, sonst macht sie keinen Sinn. Ich betone das hier ausdrücklich. Sie betrifft alle Ministerien und ist nicht, wie manches Mal irrtümlich angenommen, lediglich nur in Verantwortung des Umweltministeriums anzusiedeln.

Die SPD-Fraktion wird diese Prozesse konstruktiv-kritisch begleiten.

Wir beantragen die Überweisung in den Umwelt- und Bildungsausschuss mit Federführung Umweltausschuss.